

Mehr als nur eine Betrachtung zum Wahlausgang in Berlin

„Mit der Wahl legalisiert der Wähler die Handlungen, die später gegen ihn unternommen werden“, hat Herbert Wehner einmal gesagt.“ Zwar gingen knapp 30 Prozent aller abgegebenen Stimmen bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus auf das Konto der SPD, aber ob es möglich sein wird, mit Klaus Wowereit Berlin in den kommenden fünf Jahren besser zu verstehen, nachdem nun eine schwarze Wolke aufgezoogen ist, die sich auf das Rote Rathaus senken will, ist doch mehr als fraglich.

Die Partei Die Linke hat mit den Aufräumarbeiten begonnen und stellt sich nun die Frage, warum so viele Wahlberechtigte sie nicht mehr an der Seite der SPD im Rathaus sitzen und mitregieren sehen und hören wollen. Dazu ist in der ersten Woche nach der Wahl bereit vieles und auch Richtiges gesagt und geschrieben worden. Als wenig selbstbewusster und überwiegend anpassungsbereiter Juniorpartner haben sich Fraktion und Landesvorstand mehr oder weniger widerstandslos dem Würgegriff der Python Wowereit-SPD ausgesetzt. Die drohende Gefahr wurde vom Landesvorstand ganz offensichtlich nie erkannt und thematisiert, sonst hätte er nicht den verschiedenen außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen in der Wahrnehmung der jeweiligen Initiatoren die kalte Schulter gezeigt. Auch hätte der Landesvorstand nicht so einseitig mit der Fortsetzung der Regierungskoalition werben dürfen – jedenfalls nicht im Wahlkampf. Die jetzt erfolgte Abwahl kam gerade noch rechtzeitig, um der Gefahr des Erstickungstodes zu entgehen. Ich will aber die Rolle unserer Partei in der Regierung nicht vertiefen, da sie – wie gesagt – schon einigermaßen hinreichend beleuchtet und eingeschätzt worden ist (s. hierzu vor allem den Beitrag von E. Brombacher, R. Farha, C. Schulz, Glaubwürdigkeitsverlust, in: Junge Welt vom 24./25. September 2011)

Mir geht es um einen anderen Aspekt, und zwar um den Umgang einiger Protagonisten unserer Partei mit den vier Reizthemen dieses Jahres: „Wege zum Kommunismus“, „Antisemitismus in der Partei Die Linke“, „Brief an Fidel Castro“ und „Mauerbau-Jubiläum“. Die Unisono-Presse hat diese Themen genüsslich aufgegriffen und unermüdlich, teilweise unter wohlwollender Beihilfe aus unseren Reihen, versucht, auf diese Weise unsere Partei zusätzlich zu diskreditieren und vorzuführen. Leider haben sich einige Landesvorstände, Vorstandsmitglieder und Mandatsträger bei diesen Debatten weder nach innen und schon gar nicht nach außen mit Ruhm bekleckert. Es war teilweise geradezu erbärmlich, wie sie agiert bzw. reagiert haben. Anstatt alles dranzusetzen, den Betreibern der Medienkampagne das Maul zu stopfen bzw. den Wind aus den Segeln zu nehmen, spreizten und rechtfertigten sich mit selbstkritischen Erklärungen, die von den entzückten Medien als genau das verstanden wurden, was sie waren: Steilvorlagen für die weitere Befeuerng ihrer gegen die Partei gerichtete Berichterstattung. Einige der parteiintern geführten Diskussionen, vor allem aber die nach außen verbreiteten Erklärungen legten einen bedenklichen Mangel an politischer Überzeugung und zeithistorischen Kenntnissen offen. Oder trat hier gar eine Art Wahlkampf-Populismus zutage, indem man sich der Diktatur von Umfragen und Wahlaussichten meinte unterwerfen zu müssen, in der trügerischen Hoffnung nur so punkten zu können? Wahrscheinlich trifft beides zu und wirft ein bezeichnendes Licht sowohl auf Format wie auch auf das Grundverständnis führender Vertreter unserer Partei, was sich eben auch in der

Regierungsarbeit im Berliner Senat und im Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus widerspiegelt hat.

Der Vorwurf muss konkretisiert werden: Die Gedanken, die sich Gesine Lötsch zu Beginn des Jahres über mögliche „Wege zum Kommunismus machte“, waren so etwas wie eine Ouvertüre zu einer Oper, in deren ersten Akt sich einige Darsteller auf der Führungsebene der Partei versuchten, sich gegenseitig mit schrillen Tönen zu überbieten trachteten. Anstatt sich mit Gesines Überlegungen ernsthaft auseinander zu setzen, flüchtete man händeringend und kopfschüttelnd zu den in Stellung gebrachten Mainstream-Mikrofonen, trug dort beflissen und devot Dementi-Arien vor und warb für einen mit dem bürgerlichen Demokratieverständnis kompatiblen Sozialismusbegriff. Der Gesang stieß nicht auf taube Ohren, ließen sich doch aus der Melodie wunderbare Variationen komponieren, mit denen man durchaus mit Erfolg die jeweilige Leserschaft bedienen konnte und mit denen man es auch verstand, in die Partei hinein zu wirken. So entstand das Bild einer heillos zerstrittenen Parteiführung, die drauf und dran war, sich im Kampf der „Reformer“ gegen die „(Alt)stalinisten“ zu erschöpfen. Ich bin überzeugt, dass die Debatte einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn die Parteiführung beherzt in die Gegenoffensive gegangen wäre. Wäre auch gar nicht so schwierig gewesen. Denn: „Wer möchte eigentlich noch im Kapitalismus leben?“ Mit dieser Frage beginnt Sahra Wagenknecht ihr Vorwort zu Ihrem Buch „Freiheit statt Sozialismus“. Dieser Frage schließen sich folgende Sätze an: „Wenn wir aktuellen Umfragen glauben, allenfalls noch eine Minderheit. So ergaben bei einer repräsentativen Erhebung des Meinungsforschungsinstitut emnid vom August 2010 88 Prozent der Bundesbürger an, dass sie sich eine neue Wirtschaftsordnung wünschen, da der Kapitalismus weder für „sozialen Ausgleich in der Gesellschaft“ noch für den „Schutz der Umwelt“ oder einen „sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen“ Sorge. Und die Autorin beschließt ihr Buch so: „Der Kapitalismus ist um wichtigsten Hinderungsgrund für ein Leben in Freiheit, Demokratie und Wohlstand geworden. Deshalb lautet die Forderung unserer Zeit: Freiheit statt Kapitalismus.“ Zwischen diesen Sätzen weist Sahra Wagenknecht auf 360 Seiten nach, dass „der Kapitalismus keine Wirtschaftsordnung mehr (ist), die Produktivität, Kreativität, Innovation und technologischen Fortschritt befördert“. Warum also hat man nicht den Kommunismusvorwurf zum Anlass genommen, um mit einem Gesellschaftsmodell jenseits von Renditejagden, Deutscher Bank und der Diktatur von Finanzmärkten zu kontern?

Diesem ersten Akt folgten drei weitere: im Frühjahr die Antisemitismus-Debatte und als Sommertheater der Brief an Fidel Castro und schließlich das Mauer-Jubiläum. In allen drei Akten dieselben Darsteller, dieselben mit selbstkritischen Vibrato-Effekt vorgetragenen Töne und dieselben Multiplikatoren in Presse, Funk und Fernsehen. Bei der Debatte um einen angeblich in der Linkspartei wütenden Antisemitismus will ich mich nicht lange aufhalten. Nur so viel: Eine antifaschistische Partei, wie es Die Linke nun einmal ist, hätte anders reagieren müssen, als mit einem Fraktionsbeschluss den Eindruck zu erwecken, dass man sich den von außen erhobenen Vorwurf, der in seiner dramatischen Darstellung regelrecht hysterische Züge annahm, zu eigen gemacht hätte. Dass die Regierung Israels das Völkerrecht und zahlreiche UNO-Resolutionen mit Füßen tritt und eine gegenüber den Palästinensern verbrecherische Politik betreibt, ist eine Tatsache. Dies immer wieder festzustellen hat nichts, gar nichts mit Antisemitismus zu tun. Wie oft muss man das eigentlich noch sagen?!

Kommen wir zum Glückwunscheiben unserer beiden Parteivorsitzenden, Gesine Lötsch und Klaus Ernst, an den schon jetzt legendären kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro anlässlich seines 85. Geburtstags. Als der Berliner Landesvorsitzende, Klaus Lederer, vom „Tagesspiegel“ um seine Meinung gebeten wurde, antwortete er mit einer durch eine Geste bekräftigten Wasserstandsmeldung: „Mir steht’s bis hier.“ Beschämend, und welche Chance für eine überzeugende Antwort wurde hier vergeben!. Er hätte ganz anders antworten müssen, allerdings etwas ausführlicher; denn wir als Linke sind nun einmal bis auf weiteres dazu verdammt, eine mit Vorurteilen gesättigte Gesellschaft aufzuklären und können es uns nicht leisten, nur mit Schlagwörtern zu operieren. Was heute kaum noch jemand weiß, ist die Tatsache dass es nicht zuletzt der Sowjetunion zu verdanken war, dass die Ausarbeitung der von der UNO bereits 1948 beschlossenen Konventionen über zivile und politische Rechte einerseits und über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte andererseits nach einer teilweise erbitterten Auseinandersetzung über 18 Jahre zustande kam und schließlich 1966 von der UNO-Vollversammlung angenommen wurde. Es spricht Bände, dass sich vor allem die USA, Frankreich und Großbritannien gegen die Konventionen stemmten, weil ihnen die Festschreibung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte nicht passte. Es ist eine der großen Leistungen des kubanischen Staates, das es ihm trotz Blockade, Sanktionen und medialem Trommelfeuer gelungen ist, gerade die sozialen Menschenrechte zu verwirklichen, was ihm – nebenbei bemerkt – auch von Wikipedia attestiert wird. Mir fehlt jedes Verständnis für diejenigen in unserer Partei, die sich bar jeder Kenntnisse vor den Karren einer imperialistischen Menschenrechtskampagne – denn darum kreist ja die ganze Kritik am Castro-Brief – spannen lassen.

Ich will diesen Punkt am Beispiel der ersten sandinistischen Regierung in Nicaragua Anfang der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts illustrieren. Sehr bald nach der Machtübernahme der Sandinisten wurde der Staat nach allen Regeln der imperialistischen Konfliktsteuerung so in die Enge getrieben, dass sich die Regierung gezwungen sah, den nationalen Notstand mit allen Einschränkungen, die eine solche Maßnahme mit sich bringt, auszurufen. Prompt flossen aus konterrevolutionären Augen literweise Krokodilstränen über Menschenrechtsverletzungen. Der im Kampf gegen die Contras gefallene Sandinist Enrique Schmidt hat 1981 in einem Gespräch mit dem „Spiegel“ auf Fragen nach Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua Antworten gegeben, die noch heute Allgemeingültigkeit besitzen. „Was hier in Nicaragua geschehen ist“, sagte er, „war eine Revolution und nicht die Jahreshauptversammlung der Heilsarmee. Wir haben 46 Jahre gegen eine Diktatur gekämpft, deren Gräueltaten kaum vorstellbar sind. Somoza und seine Nationalgarde haben Tausende zu Tode gefoltert und abgeschlachtet. Wenn Sie jetzt nach einem Aufstand, der 50000 unserer Landsleute das Leben gekostet hat, hierherkommen und an alles, was jetzt passiert, die Elle mitteleuropäischer Menschenrechtsvorstellungen anlegen wollen, dann haben Sie die falsche Elle mitgebracht. In der politischen und ökonomischen Bedrohung, in der sich Nicaragua jetzt befindet, können Sie uns nicht mit der Art politischer Menschenrechte kommen, die in Europa auch nur zu Friedenszeiten gang und gäbe sind.“ Auf die abschließende Frage, welche Menschenrechte denn für die Sandinisten zählen, meinte Schmidt: „Wo vor kurzem 70 Prozent dieses Volkes weder lesen noch schreiben konnten, was soll die Freiheit einer Presse, in der eh nur die Probleme der Oberschicht behandelt wurden? In einem Land, in dem über die Hälfte des Volkes unterernährt ist, in dem Kinder wegen

mangelnder medizinischer Betreuung wie die Fliegen sterben, für einen Großteil der Nicaraguaner kaum menschenwürdige Wohnungen vorhandensind, müssen wir doch erst einmal diese grundsätzlichen Lebensbedingungen schaffen. Die Menschenrechtsdebatte, die hier zur Zeit läuft, geht immer nur von den Bedürfnissen derer aus, die schon alles haben. Daran krankt die ganze Diskussion. Schon Thomas Paine, einer der Väter der Menschenrechte, hat in seiner Konzeption für die Vereinigten Staaten einen wichtigen Punkt vergessen: die Abschaffung der Sklaverei.“

Zurück nach Kuba, zum Brief an Castro – und zu Fulgencio Batista, dem Somoza Kubas. Dieser Mann war nämlich von 1952 bis 1958 in diesem Staat Präsident und Menschenschlächter in Personalunion. Nach unterschiedlichen Schätzungen ließ er bis zu 20000 Menschen nach zum Teil fürchterlichen Folterungen ermorden und veranlasste, die Leichen zur Abschreckung aus fahrenden Autos werfen. Dieser Mann wurde noch 1957, also ein Jahr, bevor Castro ihn aus dem Amt und dem Land geworfen hat, im Rahmen eines Staatsbesuchs in der BRD mit dem höchsten, nur Staatsoberhäuptern vorbehaltene Orden geehrt. Er nennt sich „Sonderstufe des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“. Konnten Klaus Lederer und andere Genossinnen und Genossen nicht wenigstens auf diesen Vorfall hinweisen?

Und nun, zu schlechter Letzt, zum Mauerbau-Jubiläum. Auch dieser Debatte wäre es gut bekommen, auf der Grundlage wichtiger Fakten für Gegeninformation und Aufklärung zu sorgen anstatt sich mit moralischen Appellen und Schuldbekennnissen zu prostituieren. Damit meine ich die vom Spitzenkandidaten Harald Wolf, dem Landesvorsitzenden Klaus Lederer und dem Fraktionsvorsitzenden Udo Wolf abgegebenen Erklärung zum 50. Jahrestag. Ein zentraler Satz lautet: „Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben, beim Versuch, das Land dennoch verlassen zu wollen, politisch rechtfertigen.“ Fürwahr, die Mauer mit all ihren Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bleibt wohl für alle Zeiten ein finsternes Kapitel im sozialistischen Geschichtsbuch. Deshalb ist es mir wichtig, noch einmal auf den Standard-Vorwurf einzugehen, der da lautete: Funktionäre und Mitglieder unserer Partei verherrlichen den Mauerbau und verhöhnen die Opfer. Ein Satz, zwei Lügen. Niemand in der Partei Die Linke hat jemals den Mauerbau verklärt und sich über die Opfer lustig gemacht. NIEMAND! Wer das Gegenteil behauptet, soll dies unter Nennung von Ross und Reiter tun. Ich bin mir sicher, er wird keinen Beweis finden. KEINEN!

Etwas anderes ist es, die Vorgeschichte des Mauerbaus einer politisch-historischen Bewertung zu unterziehen, das Verhalten der DDR in einen historischen Zusammenhang zu stellen und die Errichtung der Mauer aus der sich Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zuspitzenden Kriegsgefahr zu erklären. „Keine sehr schöne Lösung, aber tausendmal besser als Krieg“ soll J. F. Kennedy den Mauerbau kommentiert haben. Niemand wird gezwungen, sich diese Feststellung zu Eigen zu machen. Aus heutiger Sicht, kann man selbstverständlich auch über damals mögliche andere Alternativen spekulieren und diskutieren. Wenn aber kein Ideal den Bau der Mauer rechtfertigen kann, muss man auch so konsequent sein und den Mut aufbringen zu sagen, dass selbst ein Krieg zwischen den Militärblöcken die humanere Variante gewesen wäre. Das Argument, die Existenz der Atombombe, die sich im Besitz

beider Seiten befand, hätte den Krieg verhindert, lasse ich nicht gelten. Offizielle Regierungsdokumente und Memoranden des Nationalen Sicherheitsrats der Vereinigten Staaten schon aus den 50er Jahren legen unwiderlegbare Beweise vor, dass die Strategie des „Containment“ und des „Rollback“ nicht nur ein Bündel politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen war, mit dem man nur die „Befreiung“ der sozialistischen Länder Osteuropas erreichen wollte. Die Strategie war auf das eigentliche Hauptziel ausgelegt, und das hieß nach (1945) wie vor (1945): Liquidierung der Sowjetunion als sozialistische Großmacht. Sie war auf der Grundlage der angestrebten militärischen Überlegenheit (einschließlich eines atomaren Erstschlags- bzw. Enthauptungspotenzials) als Politik der Erpressung konzipiert, die das jederzeit mögliche Umschlagen vom kalten zum heißen Krieg kaltblütig ins Kalkül zog, um in letzter Konsequenz die Sowjetunion zur Strecke zu bringen. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der kurzen Zeit seit Ende des 2. Weltkriegs wollte die Sowjetunion unter allen Umständen eine Destabilisierung in ihrem in den Konferenzen der Anti-Hitler-Koalition vereinbarten Macht- und Einflussbereich verhindern – vor allem in jenem Staat dessen Westgrenze gleichzeitig die Systemgrenze zwischen den beiden Gesellschaftssystemen bildete. Dass die dann schließlich getroffene Entscheidung, die Grenze zwischen den beiden Militärblöcken zu sichern, nicht nur viele Opfer gefordert, sondern sich auch als Mittel, das sich schon damals abzeichnende Scheitern des sozialistischen Projekt namens DDR zu verhindern, als letztendlich kontraproduktiv erwiesen hat, kann heute selbstverständlich niemand bestreiten. Entschieden widersprochen werden muss aber andererseits der Behauptung, dass dem Bau der Mauer ein autonom gefasster Beschluss der DDR-Staatsführung zugrunde lag. An dieser Legende, die bezeichnenderweise erst nach 1989 verbreitet wurde, hält man krampfhaft fest, weil man die Mauer als Symbol für „DDR-Staatsverbrechen“ benötigt. Warum aber kolportieren einige Funktionäre unserer Partei ebenfalls direkt oder indirekt diese Legende?

Ich will in diesem Zusammenhang noch einen anderen Punkt ansprechen. Fünf Jahre vor dem Bau der Berliner Mauer wurde in der Bundesrepublik die KPD verboten. Im Zuge des Verbots wurden über zweihunderttausend Ermittlungsverfahren eingeleitet, führende Funktionäre verschwanden für Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern und zahllose bürgerliche Existenzen wurden vernichtet. Und – was wir auch nie vergessen sollten – am gesetzlichen Vollzug des Verbots waren nicht wenige Juristen beteiligt, die dieses Handwerk bereits erfolgreich im Hitler-Faschismus ausgeübt hatten. Da nun aber nach Ansicht von K. Lederer, K. und U. Wolf keines unserer Ideale den Mauerbau rechtfertigt, müssten sie aus heutiger Sicht einer damals denkbaren Alternative den Vorzug geben. Und die hieße, dass die DDR damals schon hätte abdanken müssen (mit Genehmigung seitens der Sowjetunion wohlgemerkt), mit der Folge, dass sich die Jagd auf Andersdenkende und Handelnde, Kommunisten nämlich, auch auf das ganze Gebiet der DDR ausgedehnt hätte.

Ich halte den Kernsatz der Erklärung auch in Bezug auf unseren gegenwärtigen und zukünftigen Kampf um eine gerechte Gesellschaftsordnung für zumindest problematisch. Da ich mein politisches Leben als Pazifist und Kriegsdienstverweigerer begonnen habe, hat sich mir etwas später ein Satz des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg regelrecht eingebrannt. Gegen Ende des Krieges sagte er: „Wir hassen die Deutschen, weil wir auf sie schießen müssen“. Übertragen auf unsere Kämpfe heute und morgen bedeutet dies, dass wir

sie nicht bestehen werden, wenn wir unseren Gegnern immer nur unsere Ideale wie eine Monstranz entgegen halten. Von Erich Fried stammt dieser Text: „Denk‘ dir einen Sozialismus von allem befreit, was dich stört. Frage dich, wen er dann erst recht stören würde. Niemand als der ist und bleibt wirklich dein Feind.“ Sicher ist, dass dieser Feind uns auch zukünftig das Leben schwer machen wird, und wir werden uns, so fürchte ich, dabei so manches Mal unsere Hände schmutzig machen, damit sie uns nicht abgeschlagen werden, um ein Bild aus B. Brechts „Tage der Commune“ leicht abgewandelt zu benutzen. Die Klassenauseinandersetzungen finden eben nicht in einer keimfreien Arena statt. Aber sie werden stattfinden, und dafür haben wir mit dem bald vorliegenden Parteiprogramm, das eine klare antikapitalistische Handlungsorientierung enthält, auch eine gute Grundlage. Da in der Partei Die Linke so gern Rosa Luxemburg zitiert wird und ich auch ebenso gern Optimismus ausstrahlen will, stelle ich diesen Satz der Revolutionären ans den Schluss meiner Betrachtung: „Der Sozialismus ist die einzige Bewegung, die nur fortschreitet durch ihre Niederlagen.“ Das ist doch was. Oder?

Hans Schoenefeldt